



# Boni-Zahlungen gesetzlich verbieten

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, 13. Januar 2014

**Zu den schlechten Noten der Finanzaufsicht BaFin für viele deutsche Großbanken für ihren Umgang mit Boni-Zahlungen erklärt Sahra Wagenknecht, 1. Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:**

"Die Bundesregierung tut nichts, um die Selbstbedienung der Bankster zu stoppen. Wer sich von den Banken nicht länger an der Nase herumführen lassen will, der muss Boni-Zahlungen ebenso wie die Zockerei an den Finanzmärkten gesetzlich verbieten. Darüber hinaus fordert DIE LINKE eine gesetzliche Beschränkung von Managergehältern auf das 20-fache der untersten Lohngruppe des jeweiligen Unternehmens - wie es selbst der Präsident des Weltwirtschaftsforums fordert."